



HRW VERURTEILT BRUTALE REPRESSIONEN SEIT LETZTEN WAHLEN IN VENEZUELA

Mittwoch, 30. April 2025

Von Daniel Hernández

Die venezolanischen Behörden und „Colectivos“ haben seit den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024 weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen begangen.

Die Wahlbehörden erklärten, dass Nicolás Maduro wiedergewählt worden sei, obwohl es eindeutige Beweis für das Gegenteil gab.

-
- Die venezolanische Regierung hat Bürger*innen, die einen demokratischen Wandel forderten, ermordet, gefoltert, inhaftiert und gewaltsam verschwinden lassen. Viele weitere Menschen sind aus dem Land geflohen.
 - Die Regierungen sollten die Bemühungen unterstützen, Gerechtigkeit für die schweren Menschenrechtsverletzungen in Venezuela herzustellen und die venezolanischen Behörden auffordern, willkürlich inhaftierte Personen freizulassen und den Aufenthaltsort der gewaltsam Verschwundenen offenzulegen. Außerdem sollten sie den Zugang zu internationalem Schutz für Venezolaner*innen, die vor Repressionen fliehen, erweitern.

Washington, D.C. – Die venezolanischen Behörden und „Colectivos“ haben seit den Präsidentschaftswahlen am 28. Juli 2024 weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen begangen, so Human Rights Watch in einem heute veröffentlichten Bericht.

Der 111-seitige Bericht „*Punished for Seeking Change: Killings, Enforced Disappearances, and Arbitrary Detentions in Venezuela’s Aftermath of the 2024 Elections*“ dokumentiert Menschenrechtsverletzungen an Demonstrant*innen, Passant*innen, Oppositionsführer*innen und Kritiker*innen während der Proteste und in den darauffolgenden Monaten.

Der Bericht bringt die venezolanischen Behörden und regierungstreue bewaffnete Gruppen, die als „Colectivos“ bekannt sind, mit weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen in Verbindung.

Zu diesen Menschenrechtsverletzungen gehören die Tötung von Demonstrant*innen und Passant*innen, das Verschwindenlassen von Oppositionsmitgliedern und Ausländer*innen, willkürliche Verhaftungen und Strafverfolgungen von Jugendlichen und anderen Personen sowie Folter und Misshandlung von Häftlingen.

„Die venezolanische Regierung hat Menschen, die sich für die Demokratie in Venezuela eingesetzt haben, ermordet, gefoltert, inhaftiert und verschwinden lassen“, so Juanita Goebertus, Leiterin der Amerika-Abteilung von Human Rights Watch. „Die internationale Gemeinschaft soll ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte in Venezuela bekräftigen und die Maduro-Regierung dazu drängen, für die von ihr begangenen Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen zu werden.“

Human Rights Watch befragte zwischen Juli 2024 und April 2025 101 Personen telefonisch und persönlich, darunter Opfer und ihre Familien, Zeug*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und andere lokale Quellen. Human Rights Watch analysierte und verifizierte außerdem 76 Videos und 17 Fotos im Zusammenhang mit Repressionen nach den Wahlen, die in sozialen Medien veröffentlicht oder direkt an Ermittler übermittelt wurden, sowie Sterbeurkunden von Menschen, die während der Proteste ums Leben kamen, und weitere Dokumente im Zusammenhang mit Festnahmen und Strafverfahren.

Nach den Wahlen verkündete der Nationale Wahlrat (CNE) die Wiederwahl von Nicolás Maduro zum Präsidenten.

Internationale Wahlbeobachter, insbesondere das Expertengremium der Vereinten Nationen und das Carter Center, äußerten erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Ergebnisses. Das Carter Center kam zu dem Schluss, dass die von der Opposition gesammelten Stimmenaushaltungen mit hoher Wahrscheinlichkeit einen deutlichen Sieg des Oppositionskandidaten Edmundo González zeigten.

Bei den landesweiten Protesten, die unmittelbar nach den Wahlen ausbrachen, wurden 24 Demonstrant*innen und Passant*innen getötet. Von Human Rights Watch gesammelte Beweise deuten darauf hin, dass venezolanische Sicherheitskräfte für einige dieser Tötungen verantwortlich waren. In anderen Fällen waren die „Colectivos“ verantwortlich. Zunächst setzten die Sicherheitskräfte Tränengas ein und nahmen während der Proteste Personen fest. Daraufhin folgten Angriffe oder Einschüchterungen durch Mitglieder der „Colectivos“, die sich gegen diejenigen richteten, die weiter demonstrierten. Seit den Wahlen wurden mehr als 2.000 Menschen wegen Protesten, Regierungskritik oder Unterstützung der Opposition festgenommen. Die Behörden haben Hunderte von Menschen wegen weit gefasster Straftaten wie „Aufstachelung zum Hass“ und „Terrorismus“ angeklagt, die mit bis zu 30 Jahren Gefängnis geahndet werden können.

Mehrere Häftlinge sind Opfer des Verschwindenlassens geworden, sodass ihre Familien gezwungen waren, in verschiedenen Haftanstalten und sogar Leichenhallen nach ihnen zu

suchen. Zu den Opfern des Verschwindenlassens zählen Oppositionsmitglieder und ihre Familien sowie Dutzende ausländische Staatsangehörige.

Am 14. September 2024 nahmen venezolanische Sicherheitskräfte den Kolumbianer Manuel Tique, einen 32-jährigen Mitarbeiter des dänischen Flüchtlingsrats, fest, als er die kolumbianisch-venezolanische Landgrenze auf dem Weg zur Arbeit überquerte. Die venezolanischen Behörden weigerten sich, Familienangehörigen Informationen über Tiques Aufenthaltsort oder die gegen ihn erhobenen Anklagen zu geben. Seine Familie vermutet, dass er im Gefängnis Rodeo I festgehalten wird, wie aus Informationen einer dort inhaftierten Person hervorgeht.

Am 8. Januar teilte Lucas Hunter, ein 37-jähriger französisch-amerikanischer Tourist, seiner Schwester mit, dass venezolanische Sicherheitskräfte ihn nahe der kolumbianischen Grenze festgenommen hätten. In einer Audionachricht, die er noch am selben Tag an seine Familie schickte, sagte er, die Sicherheitskräfte hätten ihn vier Stunden lang verhört und würden ihn wahrscheinlich nach Caracas bringen. Seine Familie hat seitdem nichts mehr von ihm gehört. Die Behörden verweigerten ihnen jegliche Auskunft über ihren Aufenthaltsort und den Grund ihrer Festnahme. Die venezolanischen Behörden haben zahlreiche Menschen willkürlich inhaftiert und damit eklatant gegen das Recht auf ein ordentliches Verfahren verstoßen. Vielen wurde die Vertretung durch einen Anwalt ihrer Wahl oder der Zugang zu ihren Akten verweigert. Einige wurden in virtuellen und Gruppenanhörungen angeklagt, was ihre Rechte untergrub.

Am 10. Dezember wurde Jesús Armas, ein ehemaliger Stadtrat von Caracas und Mitglied der Oppositionskampagne, von verummten Männern gewaltsam festgenommen, als er ein Café in der Hauptstadt verließ. Fast eine Woche lang weigerten sich die Behörden, Informationen über seinen Aufenthaltsort zu geben oder den Habeas-Corpus-Antrag seiner Familie anzunehmen. Armas erzählte später seinem Partner, dass er in einem geheimen Internierungslager festgehalten worden sei, wo ihn Agenten des Bolivarischen Nationalen Geheimdienstes (SEBIN) gefoltet und mit einer Tasche erstickt hätten, während sie ihn zu Oppositionellen verhörten. Armas befindet sich weiterhin in Haft und hat keinen Zugang zu Besuchen seiner Familie oder seines Anwalts.

Das Ministerium für öffentliche Angelegenheiten gibt an, Hunderte von Häftlingen freigelassen zu haben. Gegen viele von ihnen laufen jedoch weiterhin Strafverfahren. Viele wurden gezwungen, Dokumente zu unterzeichnen, die ihnen die Preisgabe von Informationen über ihre Inhaftierung oder ihr Gerichtsverfahren untersagen. Einige wurden gezwungen, Videos aufzunehmen, in denen sie erklärten, dass ihre Rechte während ihrer Haft geachtet wurden.

Seit Beginn der Repressionen haben viele Venezolaner*innen das Land verlassen und im Ausland Schutz gesucht. Viele sehen sich mit Verzögerungen in den Asylsystemen in Lateinamerika und von der Trump-Administration ausgesetzten Umsiedlungsprozessen in die USA konfrontiert. Die Trump-Administration scheint der Zusammenarbeit in Einwanderungsfragen und der Freilassung in Venezuela inhaftierter US-Bürger*innen Vorrang vor umfassenderen Bemühungen zur Wahrung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in Venezuela einzuräumen.

Angesichts des diplomatischen Einflusses der USA in der Region und der Bedenken hinsichtlich der Migration in Lateinamerika dürften andere Regierungen ähnliche Ansätze verfolgen, so Human Rights Watch. Maduro dürfte diese kurzfristige Zusammenarbeit nutzen, um seine Machtkonzentration zu legitimieren. Dies würde den Grundstein für eine verstärkte Repression in Venezuela legen, die neue Exodusse venezolanischer Flüchtlinge und Migrant*innen auslösen könnte.

Internationale Bemühungen sollten sich darauf konzentrieren, dem Anreizsystem des Maduro-Regimes entgegenzuwirken. Dieses belohnt gewalttätige Behörden und Sicherheitskräfte, um ihre Loyalität zu sichern, während Kritiker*innen, Gegner*innen und sogar Angehörige der Sicherheitskräfte, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, bestraft, gefoltert und ins Exil gezwungen werden. Sie sollten die Bemühungen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht unterstützen, unter anderem durch individuelle Sanktionen und die Unterstützung der Arbeit der Unabhängigen Internationalen Untersuchungsmission für Venezuela (FFM) und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Ausländische Regierungen sollten ihre Unterstützung für venezolanische zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Journalist*innen und Organisationen, die Demokratie und Menschenrechte verteidigen, ausweiten. Sie sollten außerdem dringend den Schutz für diejenigen ausweiten, die das Land verlassen müssen. „Mit acht Millionen Venezolaner*innen im Ausland stellt die Situation in Venezuela die **folgeschwerste Menschenrechtskrise der Hemisphäre** dar. Eine nachhaltige internationale Reaktion auf der Grundlage klarer Prinzipien ist für die gesamte Region von entscheidender Bedeutung“, erklärte Goebertus. Ausländische Regierungen sollten sicherstellen, dass jede Zusammenarbeit mit der Maduro-Regierung auf nachweisbare Verbesserungen der Menschenrechte abzielt, einschließlich der Freilassung von Opfern von Verschwindenlassen oder willkürlicher Inhaftierung.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe – verbindlich ist das Original:

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2025/04/28711/hrw-denuncia-represion-brutal-desde-las-utimas-elecciones-en-venezuela>

Bericht im englischsprachigen Original: <https://www.hrw.org/report/2025/04/30/punished-seeking-change/killings-enforced-disappearances-and-arbitrary-detention>